

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. April 2015  
– Drucksache 15/6719**

### **Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 2. April 2015 – Drucksache 15/6719  
– Kenntnis zu nehmen.

30. 04. 2015

Die Berichterstatterin:

Rita Haller-Haid

Der Vorsitzende:

Thomas Funk

#### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet die Mitteilung Drucksache 15/6719 in seiner 33. Sitzung am 30. April 2015. Vorberatend hatte sich der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft in seiner Sitzung am 23. April 2015 mit dieser Mitteilung befasst.

Da der Ausschuss öffentlich tagte, wurden die Namen der Abgeordneten im nachfolgenden Bericht nicht anonymisiert.

Abg. Rita Haller-Haid SPD schlug vor, in der heutigen Sitzung auf eine Aussprache über die vorliegende Mitteilung zu verzichten, da sich das Plenum in seiner Sitzung am 6. Mai 2015 damit befasse.

Abg. Gerhard Stratthaus CDU trug vor, er teile die Meinung seiner Vorrednerin, und fuhr fort, die Landesregierung schreibe in der vorliegenden Mitteilung, sie

habe die Einrichtung eines TTIP-Beirats beschlossen. Er (Redner) bitte die Landesregierung, in der angesprochenen Plenarsitzung näher über diesen Beirat zu informieren.

Sodann erhob der Ausschuss für Europa und Internationales die Empfehlung des vorberatenden Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, von der Mitteilung Drucksache 15/6719 Kenntnis zu nehmen, ohne förmliche Abstimmung zur Beschlussempfehlung an das Plenum.

04. 05. 2015

Rita Haller-Haid

**Empfehlung und Bericht****des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft  
an den Ausschuss für Europa und Internationales****zu der Mitteilung der Landesregierung vom 2. April 2015  
– Drucksache 15/6719****Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

## Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 2. April 2015 – Drucksache 15/6719  
– Kenntnis zu nehmen.

23. 04. 2015

Der Berichterstatter:

Joachim Kößler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

## Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft behandelte die Mitteilung Drucksache 15/6719 vorberatend für den Ausschuss für Europa und Internationales in seiner 60. Sitzung am 23. April 2015.

Ein Abgeordneter der CDU sprach zunächst die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) an und fragte, warum die Landesregierung erst so spät die Einrichtung eines TTIP-Beirats beschlossen habe, wie sich der Beirat zusammensetze und welche Aufgaben er haben solle.

Hinsichtlich des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) wollte er wissen, inwiefern sich die Landesregierung dafür einsetze, dass das EU-Forschungsrahmenprogramm insbesondere nicht zum Nachteil Baden-Württembergs geschmälert werde, wie weit das Programm, das die Landesregierung von Baden-Württemberg einreichen wolle, gediehen sei bzw. welche Projekte und Geschäftsmodelle für entsprechende Investitionsvorhaben sie dazu entwickle bzw. dazu einreichen wolle.

Ein Vertreter des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft antwortete zunächst, dass er die Frage, warum die Einrichtung eines TTIP-Beirats so spät erfolgt sei, nicht beantworten könne. Die Diskussion darüber sei unter den Mitgliedern der Landesregierung länger geführt worden. Der Beschluss des Ministerrats dazu datiere vom 17. März 2015. Die konstituierende Sitzung des TTIP-Beirats werde nach der Sommerpause stattfinden. In dem Beirat seien alle relevanten Gruppen mit Vertretern aus Wirtschaft, kommunalen Landesverbänden, Gewerkschaften, Landwirtschaft, Kultur, Medien, Umwelt- und Verbraucherschutz, Wissenschaft, Kirchen und Landtag vertreten. Der Beirat habe 26 Mitglieder, zu denen als Vorsitzender der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten und als Kovorsitzende der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie der Staatssekretär im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hinzukämen. Die Arbeit des Gremiums solle gewährleisten, dass aus den genannten gesellschaftlich

relevanten Gruppen die wesentlichen Punkte berücksichtigt würden und die Position der Landesregierung auf allen Ebenen und in allen Bereichen entsprechend umgesetzt werde.

Des Weiteren trug er vor, die Landesregierung habe sich dafür eingesetzt, dass die Mittel zur Finanzierung des neuen Investitionsfonds nicht aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“ entnommen würden. Ferner gebe es zur Frage der Alternativfinanzierung einen Brief des Ministerpräsidenten an den Bundesfinanzminister, in dem der Vorschlag des Europäischen Parlaments analog aufgegriffen werde. Inhaltlich seien Informationsveranstaltungen zu dieser Investitionsoffensive sowohl für die kommunale Seite als auch für die Wirtschaft geplant. Nach diesen Veranstaltungen werde dann das Programm des Landes gestaltet. Die Ergebnisse der im Bericht genannten Ressortabfrage durch das Staatsministerium zu möglichen Projekten im Land lägen inzwischen vor und würden ausgewertet. Nach der Befassung des Kabinetts damit werde der Landtag darüber unterrichtet.

Daraufhin empfahl der Ausschuss dem federführenden Ausschuss für Europa und Internationales ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 15/6719 Kenntnis zu nehmen.

05. 05. 2015

Joachim Kößler